



AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

AKADEMIE-KURZANALYSE

2/2015

Amerikanische Perspektiven auf die europäische Integration

MELANIE GERLACH / VOLKER BENKERT

Dezember 2015

Amerikanische Perspektiven auf die europäische Integration

MELANIE GERLACH

VOLKER BENKERT

Die USA, der uneigennützigste Hegemon – nicht erst in Zeiten von TTIP und NSA-Spähaffären ist diese Sicht Europas auf die USA ins Wanken geraten. Hatten die USA nach dem Zweiten Weltkrieg tatsächlich so etwas wie eine »Geburtshelfer-« und »Beschützerposition« Europas inne, so lag dies auch an Überschneidungen mit Wirtschaftsinteressen beim Wiederaufbau und gemeinsamen sicherheitspolitischen Überlegungen im Kalten Krieg. Heute gewinnt man zunehmend den Eindruck, dass sich Europa aus dieser Konstellation lösen und ein Gegengewicht zu den USA bilden will. Aber auch die USA wollen nach wie vor ein selbstständigeres Europa, welches vor allem in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik Verantwortung übernehmen und einen globalen Beitrag zur Entlastung der USA leisten kann. Konvergenzen und Divergenzen von wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Überlegungen in Europa und den USA haben so den europäischen Integrationsprozess befeuert und tun dies noch.

Der vorliegende Beitrag zeigt anhand von drei Wendepunkten der europäischen Integration nach 1945, dass Integrationsschübe auch aus der Gemengelage transatlantischer Interessen erfolgten. Mit zunehmender Vergemeinschaftung von Politikfeldern konnte Europa ein Gegengewicht zu den USA bilden. Die Haltung der USA zu dieser europäischen Emanzipation blieb und bleibt dabei ambivalent. Einerseits förderte das Weiße Haus sie, um Wirtschaftsbeziehungen zu intensivieren und einen globalen Sicherheitspartner zu gewinnen. Die Überschneidung solcher Interessen machte die

USA in den Worten von Geir Lundestad zum Hegemon eines »empire by invitation«¹. Andererseits betrachtete man diese Entwicklung in den USA mit einiger Skepsis, da dies auch den Einfluss der USA auf Europa schmälerte und somit die Freiheit amerikanischen Handelns eindämmte. Die Vereinigten Staaten werden daher nicht erst angesichts des NSA-Skandals als misstrauisches Imperium gesehen. Erst im Licht dieser Zweideutigkeit kann Europa und gerade Deutschland die amerikanische Haltung zum Prozess der europäischen Integration heute und in seinen entscheidenden Wendepunkten der Vergangenheit verstehen.

Amerika als eigennützigster Geburtshelfer Europas (1944–1957)

Die europäische Integration ist aus amerikanischer Perspektive unweigerlich mit der Geschichte des Zweiten Weltkriegs, seinen Allianzen und seinem Ende verbunden. War die Außen- und Sicherheitspolitik Franklin D. Roosevelts noch während des Zweiten Weltkriegs auf die Verwirklichung seines »Grand Design«, einer auf Koexistenz unter den Bedingungen eines friedlichen Wettbewerbs sowie non-militärischer Konfliktlösungsstrategien ausgerichteten Weltordnung zwischen der UdSSR und den USA gegründet, läutete die Konferenz von Jalta im Februar 1945 das Ende dieser Politik ein. Das Europa der Nachkriegszeit wurde auf dieser Konferenz zum geteilten Europa. Indem die USA einerseits eine sowjetische Vormachtstellung in Ost- und Südosteuropa akzeptierten und andererseits die Gründung einer westeuropäischen Föderation unter Einbezug des westlichen Teils Deutschlands befürworteten, kristallisierte sich eine außen- und sicherheitspolitische Strategie der Abschottung und Absicherung gegenüber der UdSSR heraus.

George F. Kennan schrieb schon vor der Jalta-Konferenz an Charles Bohlen, einem wichtigen US-Diplomaten dieser Konferenz, »that the US should write off eastern and southeastern Europe unless it possesses the will to (...) oppose with all its (...) resources Russian domination of the area. (...), that

1 Geir Lundestad, Empire by Invitation? The United States in Western Europe, 1945–1952, in: Journal of Peace Research 23 (3/1986), S. 263–277.

the US accept as accomplished fact the complete partition of Germany and begin consultation with the British and French about the formation of a Western European federation, which would include West German states.«²

Der neue Status quo zur Wahrung des europäischen Friedens beinhaltete somit nicht nur die Teilung Europas, sondern sah auch die europäische Einigung mit einem neu gegründeten Westdeutschland vor. Dass die USA nicht nur einen neuen demokratischen, deutschen Teilstaat im Westen wollten, sondern auch bereit waren, für diesen als Schutzmacht zu fungieren, drückte der amerikanische Außenminister James F. Byrnes in seiner »Speech of Hope« im September 1946 in Stuttgart aus: »I want no misunderstanding. (...) We are not withdrawing. (...) As long as there is an occupation army in Germany, the American armed forces will be part of that occupation army.«³

Die Ziele dieser außenpolitischen Strategie bekamen mit dem Marshallplan von 1948 neben einer sicherheitspolitischen Komponente auch eine wirtschaftspolitische. Als vorrangig humanitäre Maßnahme entwickelt, linderte er nicht nur die schlimmste Not der Menschen, sondern förderte gleichzeitig die wirtschaftliche Rehabilitierung des Nachkriegseuropas. Ein wirtschaftlich stärkeres Europa bedeutete für die amerikanische Wirtschaft wiederum einen größeren Absatzmarkt der eigenen Produkte im Ausland. Diese auch »European Recovery Program« genannte Idee diente aber nicht allein der Befriedigung der amerikanischen Wirtschaftsinteressen. Mit der Forderung nach Kooperation zwischen den europäischen Staaten, welche die Ausformulierung ihrer Bedürfnisse zum Ziel haben sollte, »zwangen« die USA diese in einen Zusammenschluss, der die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraums zum Ergebnis haben sollte.

2 Charles Bohlen, *The Yalta Negotiations, February 1945*, in: Gale Stokes (Hg.), *From Stalinism to Pluralism. A Documentary History of Eastern Europe Since 1945*, Oxford 1996, S. 21.

3 James F. Byrnes, *Speech of Hope* (Stuttgart, 6. September 1946), *US Diplomatic Mission to Germany*, in: *Documents on Germany*, Department of State, 2005, S. 91 (auch online unter: <http://usa.usembassy.de/etexts/ga4-460906.htm> – letzter Zugriff: 19.11.2015).

Europäische Integration, zumindest in einem gewissen Rahmen, und die Einbindung Westdeutschlands verbanden sich somit nahtlos mit amerikanischen Belangen. Dean Acheson, Vizechef im Außenministerium und einer der Autoren des Marshallplans, sprach daher ganz selbstverständlich und in einem Atemzug von der humanitären Mission und dem Eigeninteresse der USA: »We are today obliged from considerations of self-interest and humanitarianism to finance a huge deficit in the world's budget. (...) We must take whatever action is possible (...), even without Four Power Agreement, to effect a larger measure of European, including German, recovery. (...) The achievement of a coordinated European economy remains a fundamental objective of our foreign policy.«⁴

Als Gegenleistung bei Erfüllung dieser Kriterien erhielten die europäischen Staaten insgesamt eine Wirtschaftshilfe von 13 Milliarden US-Dollar sowie die Zusicherung einer dauerhaften militärischen Unterstützung. Da die Kredite teilweise zum Ankauf von amerikanischen Wirtschaftsgütern und Lebensmitteln verwendet wurden, kamen sie auch der amerikanischen Wirtschaft zugute.⁵ Auch wenn die USA auf diese Weise den politischen und wirtschaftlichen Anstoß zu einer europäischen Integration gaben, so standen sie den Entwicklungen, die diesbezüglich im Zuge der Römischen Verträge von 1957 einsetzten, durchaus kritisch gegenüber.

Der wichtigste Grund für diese Haltung war die Ablehnung der mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) entstehenden supranationalen Institutionen wie der gemeinsamen Parlamentarischen Versammlung, des gemeinsamen Gerichtshofes und des gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialausschusses. Dabei bezog sich die Skepsis zum einen auf den Zugang Deutschlands zur Atomenergie, der ihm mit dem Beitritt zu Euratom gewährt wurde. Zum anderen lag und liegt die Präferenz der USA in den Ver-

4 Dean Acheson, *The Requirements of Reconstruction* (8. Mai 1947), in: *Department of State Bulletin 16* (1947), Nr. 411, S. 993f. (auch online unter: <https://archive.org/details/departmentofstatx1647unit> – letzter Zugriff: 19.11.2015).

5 Konrad H. Jarausch, *Out of Ashes. A New History of Europe in the 20th Century*, Princeton 2015, S. 321.

handlungsstrategien auch heute noch auf bilateralen Abkommen und weniger auf Verträgen mit Institutionen der Interessenkumulation und -vereinigung vieler Staaten.

Für die Amerikaner gingen die europäischen Integrationsbemühungen somit viel zu weit. Aber ausgerechnet in dem einen, für sie angesichts des Koreakrieges besonders bedeutsamen Bereich der europäischen Integration, der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), blieben die Europäer hinter den Forderungen der USA zurück. In Frankreich gab es nicht nur erhebliche Widerstände gegen eine Bewaffnung der Deutschen, eine gemeinsame Armee stand vollends außer Frage.

Doch der europäischen Einigung bedurfte es nicht nur zum Wiederaufbau des zerstörten Kontinents und zur Erhaltung seiner politischen und wirtschaftlichen Bedeutung, sondern eben auch, um der Dominanz der USA etwas entgegenhalten zu können.⁶ Trotzdem war man sich des Gewichts der USA besonders bei der Verteidigung ebenso bewusst wie der Tatsache, dass man die Überschneidung europäischer und amerikanischer Interessen nicht aus dem Auge verlieren sollte. Adelbert Weinstein schrieb daher 1976 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: »Die amerikanische Stärke schützt uns, nicht weil wir militärisch Schwachen als politisch Gleiche mit dem Großen verkehren dürfen. Der Gigant übt seine Schutzherrschaft aus, weil das in seinem Interesse ist.«⁷

Schon am Anfang des langen Prozesses der europäischen Integration waren die USA sowohl Förderer, Begründer und Schutzmacht Europas – aus humanitären Gründen, aber auch aufgrund Überschneidungen mit wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen. Gleichzeitig waren die USA wegen der Einbindung in supranationale Institutionen auch Kritiker dieser Integration, die unter Umständen sogar die Dominanz der Vereinigten Staaten bändigen konnte. Im Bereich der Verteidi-

gungspolitik blieben die Europäer hinter den Erwartungen des Weißen Hauses zurück. Dennoch kündigte die Etablierung der EWG, später der Europäischen Gemeinschaft (EG), ihre Akzeptanz durch die USA sowie ein langsam wachsendes Selbstbewusstsein der Europäer im Laufe der kommenden Jahre einen Wandel innerhalb der Beziehung an.

Europäische Vereinigung mit und gegen die USA (1989–2003)

Wurden die USA in den 1950er- und 1960er-Jahren noch als Geburtshelfer Europas gesehen, so wandelte sich dieses Bild ab den 1970er-Jahren innerhalb der Europäischen Union stetig. Aufgrund des wirtschaftlichen und politischen Erfolgs der Europäischen Gemeinschaft ließen Unterlegenheitsgefühle allmählich nach.⁸ Bei zunehmender europäischer Integration, vor allem nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa, traten die USA erneut als Förderer und Garant europäischer Vereinigung, aber eben auch als potenzieller Spalter Europas auf.

Im Zuge der deutschen Vereinigung zeigten sich die USA in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen nochmals als wohlwollender Hegemon, gerade gegenüber Deutschland. Präsident George H. W. Bush sprach dem vereinten Deutschland sogar eine Juniorrolle in globalen Angelegenheiten zu: »A Germany made whole once more – when Germany, united and sovereign, would contribute in full measure as a force for peace and stability in world affairs.«⁹

Doch mit dem Etikett »Benign Hegemon« war auch der uneingeschränkte Führungsanspruch in einer nun multipolaren Weltordnung verbunden; dagegen wollte sich die EU als ein »Partner in Leadership« positionieren. Ihr Ziel war die Augenhöhe

6 Vgl. Guido Thieme, Europäische Integration. Motive, Prozesse, Strukturen, Köln 2010, S. 47f.

7 Adelbert Weinstein, Amerika und die unsicheren Partner, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. April 1976, S. 1 (zitiert nach: Ariane Brill, Abgrenzung und Hoffnung. »Europa« in der deutschen, britischen und amerikanischen Presse 1945–1980, Göttingen 2014, S. 74).

8 Vgl. Hartmut Kaelble, Europäer über Europa. Die Entstehung des europäischen Selbstverständnisses im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/New York 2001, S. 249.

9 George H. W. Bush, Address to the German People on the Reunification of Germany (2. Oktober 1990), US Diplomatic Mission to Germany (online unter: <http://usa.usembassy.de/etexts/ga6-901002.htm> – letzter Zugriff: 19.11.2015).

mit den USA.¹⁰ Einzelne Beobachter gingen so weit, die USA als Hindernis der europäischen Integration zu begreifen.¹¹

Parallel zu diesem Wandel des Bildes der USA vollzog die Europäische Union mit dem Vertrag von Maastricht 1992 einen wichtigen Schritt in Richtung europäischer Emanzipation. Die auf Basis dieses Vertrages entstandenen europäischen Institutionen, die Wirtschafts- und Währungsunion, die Etablierung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und eine verbesserte außenwirtschaftspolitische Position stärkten das Selbstbewusstsein der EU gegenüber den USA.

Die USA hingegen betonten ihr Selbstverständnis, einzig verbliebene Supermacht nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zu sein. In diesem Prozess wurden westliche Werte und ihre Durchsetzung zusehends mit amerikanischen Interessen und deren Durchsetzung gleichgesetzt. Dabei waren die Amerikaner auch nicht unbedingt auf Europa angewiesen. Eine neue Weltordnung sollte, so die Reaktion auf die Annexion Kuwaits durch Saddam Hussein, unter amerikanischer Führung geschaffen werden: »A new partnership of nations has begun, and we stand today at a unique and extraordinary moment. The crisis in the Persian Gulf, as grave as it is, also offers a rare opportunity to move toward an historic period of cooperation. Out of these troubled times (...) – a new world order – can emerge: A new era freer from the threat of terror, stronger in the pursuit of justice and more secure in the quest for peace.«¹²

Der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama verkündete daraufhin sogar das Ende der Geschichte, da sich mit dem Zusammenbruch

des Kommunismus westliche Werte, vor allem aber Kapitalismus und Demokratie, überall durchsetzen würden.¹³ Europa wurde in dieser Weltordnung von Bush senior und Fukuyama an den Rand gerückt. Zwar waren die USA an einem politisch geeinten und wirtschaftlich starken Europa interessiert, das auch auf militärischer Ebene an Stärke zunehmen und auf diese Weise den USA globale Lasten abnehmen sollte. Die Entwicklung sollte jedoch mit der Anerkennung des amerikanischen Führungsanspruches innerhalb der multipolaren Weltordnung einhergehen. Diese Vorstellung der transatlantischen Beziehung implizierte wiederum eine Entwicklung, die konträr zu den Vorstellungen seitens der EU liefen – eine USA, die an einer Machtteilung mit einer stärkeren Europäischen Union keinesfalls interessiert war, wodurch ein »Partnership of Equals« im Bündnis mit den USA ausgeschlossen schien.¹⁴

Dass die Gleichrangigkeit der Europäischen Union gegenüber den USA jedoch eher ein europäisches Wunschbild war, offenbarte die Ohnmacht der EU während der Jugoslawienkriege 1991–1995 und des Kosovokriegs 1999.¹⁵ Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union versagte kläglich angesichts der Herausforderungen, weshalb es wiederum die USA waren, die mittels ihrer Führungsposition innerhalb der NATO das Abkommen von Dayton aushandelten und Serbien zur Umkehr im Kosovo zwangen. Zwar übernahmen die Europäer mit EUFOR ab 2004 die Friedenssicherung in Bosnien, nichtsdestotrotz offenbarte das Scheitern der GASP die Diskrepanz zwischen dem eingebildeten Selbstverständnis der EU und ihrer tatsächlichen Handlungsfähigkeit bezüglich einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

10 Vgl. Klaus-Dieter Schwarz, Die Rolle Europas in der amerikanischen Außenpolitik: »Transatlantic Drift« oder »Better Balance«, in: Reinhard C. Meier-Walser / Susanne Luther (Hg.), Europa und die USA. Transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung, München 2002, S. 172–185, hier S. 172 f., 182.

11 Vgl. Jens van Scherpenberg, Transatlantische Asymmetrien, in: Reinhard C. Meier-Walser / Susanne Luther (Hg.), Europa und die USA. Transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung, München 2002, S. 161–171, hier S. 162.

12 George H. W. Bush, Address Before a Joint Session of Congress (11. September 1990) (online unter: <http://millercenter.org/president/bush/speeches/speech-3425> – letzter Zugriff: 03.11.2015).

13 Vgl. Francis Fukuyama, The End of History and the Last Man, New York 1992, S. XI.

14 Vgl. Tilman Mayer, Leitende Ideen in der transatlantischen Integration. Zu Fragen von Integration, Zusammenarbeit und dem Gleichgewicht der Kräfte in Europa und innerhalb der transatlantischen Beziehungen, in: Reinhard C. Meier-Walser / Susanne Luther (Hg.), Europa und die USA. Transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung, München 2002, S. 137–147, hier S. 140 f.

15 Vgl. Tilman Mayer, Leitende Ideen (Anm. 13), S. 144.

Die Terrorangriffe vom 11. September 2001 schufen dann zunächst das Bild einer neuen Einigkeit, besonders angesichts der Solidaritätsbekundungen der Europäer. Doch aufgrund der Ablehnung des Irakkriegs 2003 durch Frankreich und Deutschland versuchte Donald Rumsfeld nicht nur die EU in ein altes und ein neues Europa zu spalten, sondern auch, die Irakkrise zu einer europäischen zu machen. Süssigant spielte Rumsfeld Deutschland und Frankreich, die den Einsatz im Irak unter anderem wegen der fehlenden völkerrechtlichen Legitimation ablehnten, gegen andere, besonders osteuropäische Länder aus, die sich näher an die USA anlehnen wollten: »You're thinking of Europe as Germany and France. I don't. I think that's ›old Europe.« If you look at the entire NATO Europe today, the center of gravity is shifting to the East. (...) [But] you're right. Germany has been a problem, and France has been a problem.«¹⁶

Durch die Spaltung der EU in Befürworter (Großbritannien, Spanien, Polen) und Gegner (Deutschland, Frankreich) des Einsatzes im Irak entstand innerhalb der GASP ein Dissens, der es der EU unmöglich machte, geschlossen vorzugehen. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik scheiterte damit aufgrund einer fehlenden gemeinsamen Linie ein weiteres Mal. Doch zeigte Robert Kagan schon 2002, dass damit auch ein weit tieferer Riss zwischen den USA und Europa entstanden ist. Europäische Länder wie Deutschland und Frankreich scheiterten in der Rolle, die Macht der Vereinigten Staaten zu kanalisieren und in supranationale Institutionen, wie den Vereinten Nationen, einzubinden. Ihr Verständnis von Europa war jedoch genau auf diesen Weg gegründet – supranationale Institutionen, die die Macht des Einzelstaates, besonders des wirtschaftlich und politisch erstarkten Deutschlands, im Konsens mit kleineren Mächten zähmen konnten.¹⁷

16 Donald Rumsfeld, Briefing at the Foreign Press Center (22. Januar 2003) (online unter: <http://archive.defense.gov/Transcripts/Transcript.aspx?TranscriptID=1330> – letzter Zugriff am: 19.11.2015).

17 Vgl. Konrad Jarausch / Michael Geyer, From Empire to Europe: The Taming of German Power, in: Konrad Jarausch / Michael Geyer, Shattered Past: Reconstructing German Histories, Princeton 2003, S. 173–196.

»America's power, and its willingness to exercise that power – unilaterally, if necessary – represents a threat to Europe's new sense of mission. Perhaps the greatest threat. American policymakers find it hard to believe, but leading officials and politicians in Europe worry more about how the United States might handle or mishandle the problem of Iraq than they worry about Iraq itself and Saddam Hussein's weapons of mass destruction. And while it is true that they fear such action might destabilize the Middle East and lead to the unnecessary loss of life, there is a deeper concern. Such American action represents an assault on the essence of ›postmodern‹ Europe.«¹⁸

Die ambivalente Haltung der Vereinigten Staaten zum Prozess der europäischen Einigung tritt daher auch in dieser Phase offen zutage. Es bleiben als schwelende Konflikte die amerikanische Tendenz der Gleichsetzung von gemeinsamen Werten mit eigenen Interessen, der halbherzige europäische Versuch, die Macht der USA zu zähmen und das europäische Scheitern einer gemeinsamen Haltung zu globalen Herausforderungen. Mit dem Zerfall der Sowjetunion als des größten gemeinsamen Feindes und angesichts der neuen globalen Herausforderung nach dem 11. September 2001 wuchs so auch der Zweifel an der Qualität der bisherigen transatlantischen Beziehungen.

Der transatlantische Graben? EU und USA heute

Diese Zweifel sind durch die neusten Entwicklungen innerhalb der transatlantischen Beziehungen zwischen den USA und der EU eher weiter gewachsen. Durch den NSA-Skandal, der auf dem Bedürfnis der USA nach absoluter Sicherheit seit 9/11 fußt, wurde deutlich, wie sehr diese das Bild des »Benign Hegemon« verinnerlicht haben. Die Überwachung von politisch Verbündeten und Freunden werden dabei in den USA nicht als Misstrauensvotum gewertet, sondern als Aufklärung von potenziellen Gefahren im amerikanischen, aber auch allgemeinen Interesse. Dabei schrecken die Vereinigten Staaten im Verbund mit Großbritannien auch nicht

18 Robert Kagan, Power and Weakness, in: Policy Review (2002), Nr. 113, S. 18.

davor zurück, Staatschefs wie Gerhard Schröder oder Angela Merkel, Ministerien oder die Bevölkerung systematisch abzuhören. Auch ist keinerlei Veränderung im Verhalten der USA zu erwarten, wenngleich Barack Obama im Januar 2014 die Rechte amerikanischer Bürger gegenüber staatlicher Überwachung etwas stärkte und versprach, die Überwachung von Präsident Hollande und Kanzlerin Merkel einzustellen.¹⁹ Dennoch ist man sich im Weißen Haus der Spannungen in Europa wohl bewusst. Ironischerweise zitiert ein Bericht an den US-Präsidenten aus einem ganz offiziellen und nicht spionierten EU-Arbeitspapier, dass trotz der mehr als moderaten Reaktion der Europäer langfristig Verwerfungen zu befürchten seien: »With the damage to trust in the transatlantic relationship caused by NSA massive surveillance and lack of data privacy remedies for Europeans, the transatlantic economic relationship is at risk.«²⁰

Trotz aller Empörung scheinen die europäischen Reaktionen angesichts der Ausmaße, die der NSA-Skandal angenommen hat, zurückhaltend zu sein; sie spiegeln die Ambivalenz im Verhältnis zu den USA wider. Die deutsche Forderung nach einem No-Spy-Abkommen, das von den USA abgelehnt wurde, erwies sich als realitätsferne Hoffnung. Ansonsten gab es aber weder vonseiten der Bundesrepublik noch durch EU-Mitgliedstaaten nennenswerte Forderungen nach Sanktionen als Antwort auf das gezielte Ausspähen durch die USA.

Des Weiteren kam es erst vor Kurzem zu einer Einigung über die seit drei Jahren verhandelte Datenschutzreform der EU, die erst langfristig Druck auf die USA über in Europa tätige amerikanische Firmen ausüben wird. Von einer transatlantischen Beziehung auf Augenhöhe kann hier bei Weitem nicht die Rede sein. Wie bereits gezeigt, lassen sich die USA weder auf bilaterale Einigungen wie ein

No-Spy-Abkommen ein, noch lassen sie sich die Verfolgung ihrer Interessen ausreden, etwa durch moralische Appelle wie Angela Merkels »Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht«²¹.

Auch bei der Vertiefung der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen treten beide Seiten auf der Stelle. Das Abkommen über eine Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) sollte beiden Bündnispartnern zugutekommen. Viele deutsche und europäische Stimmen werfen den USA jedoch vor, einseitig amerikanische Interessenpolitik zu betreiben, um europäische Verbraucherschutz-, Lebensmittel- und Umweltstandards aufzuweichen. Zudem wird durch die in TTIP verankerten Investitionsschutzregelungen eine Aushebelung der staatlichen Rechtssicherheit auf europäischen Boden befürchtet. Viele Kritiker verkennen dabei jedoch, dass längst nicht alle europäischen Regelungen amerikanische Standards übertreffen und dass der Investitionsschutz ein sehr gebräuchliches und vor allem von deutschen Konzernen gern genutztes Mittel der internationalen Rechtssicherheit ist.²²

Hinzu kommt auf außen- und sicherheitspolitischer Ebene, dass es seit dem Vertrag von Lissabon im Jahr 2009 trotz eines Bekenntnisses zu GASP kaum gemeinsame außenpolitische Initiativen seitens der EU gab. Wenn Impulse gesetzt wurden, dann lediglich von Einzelstaaten und nicht von der EU als Gemeinschaft. Dabei haben der Jugoslawienkrieg von 1995, der Kosovokrieg von 1999 und zahlreiche globale Herausforderungen seit 9/11 gezeigt, dass eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU nicht nur als Gegengewicht zu den USA, sondern auch für die Bedeutung der EU auf globaler Ebene eine zentrale Rolle spielt. Dieser Umstand trifft zudem auf eine immer geringere Bereitschaft der USA, als globale Ordnungsmacht aufzutreten, was etwa die amerikanische Zurück-

19 Vgl. The White House, Office of the Press Secretary, Presidential Policy Directive 28 (PPD-28) (17. Januar 2014) (online unter: www.whitehouse.gov/sites/default/files/docs/2014sigint_mem_ppd_rel.pdf – letzter Zugriff: 19.11.2015).

20 Richard A. Clarke u. a., Liberty and Security in a Changing World. Report and Recommendation of the President's Review Group on Intelligence and Communications Technologies (12. Dezember 2013, S. 211 (online unter: www.whitehouse.gov/sites/default/files/docs/2013-12-12_rg_final_report.pdf – letzter Zugriff: 19.11.2015).

21 Angela Merkel, Pressestatement von Bundeskanzlerin Merkel vor der Sitzung des Europäischen Rates (24. Oktober 2013 (online unter: www.bundesregierung.de/Content/Archiv/DE/Archiv17/Mitschrift/Pressekonferenzen/2013/10/2013-10-24-merkel-er.html – letzter Zugriff: 16.11.2015).

22 Vgl. Crister Garrett, Neue Herausforderungen und Globale Rivalitäten. Die deutsche TTIP-Initiative und die deutsch-amerikanischen Beziehungen: Was ist noch zu retten? Vortrag zur Tagung »Feinde, Fremde, Freunde? Deutsche Perspektiven auf die USA« am 17. Mai an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.

haltung in Syrien erklärt. Dies macht eine vertiefende europäische Integration im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik zusätzlich nötig. Ob die veränderte Haltung der USA in der Außen- und Sicherheitspolitik tatsächlich einen Integrations-schub innerhalb der EU zur Folge hat, bleibt jedoch abzuwarten.

Gegenwärtig scheint es daher immer schwieriger, gemeinsame Interessen etwa bei der Terrorbekämpfung, den Krisen in Syrien und der Ukraine, der Flüchtlingsströme oder der Vertiefung von Handelsbeziehungen auf einen Nenner zu bringen und verständlich zu kommunizieren. Gleichzeitig schaffen es die Europäer auch nicht, Konflikte mit den USA in weitere europäische Integration umzumünzen, um ein Gegengewicht zu den USA zu schaffen. Damit ist es unmöglich, amerikanische Machtansprüche etwa beim NSA-Skandal einzudämmen. Wenn es nicht gelingt, Interessenkonvergenzen zwischen den USA und Europa zu formulieren, oder Divergenzen konstruktiv für europäische Vereinigung zu nutzen, fallen wichtige Dynamiken im transatlantischen, aber auch innereuropäischen Verhältnis weg.

EU und USA – ein Resümee

Die USA als Initiator der europäischen Integration – dass dieses Bild durchaus seine Berechtigung hat, zeigt vor allem die amerikanische Europapolitik aus den 1940er- und 1950er-Jahren. Uneigennützig war diese Europapolitik aber nie. Durch die USA angestoßen, hat es die Europäische Union letztendlich geschafft, zumindest auf wirtschaftspolitischer Ebene, aus dem Schatten der USA herauszutreten und sich als gleichrangig zu behaupten. Eine universelle Gleichrangigkeit im multipolaren System nach Beendigung des Ost-West-Konflikts ist vor dem Hintergrund einer nahezu gescheiterten GASP der letzten Jahrzehnte jedoch utopisch und entspricht eher europäischem Wunschdenken als der Realität. In Zeiten von zunehmenden Flüchtlingsströmen, Epidemien wie Ebola, Terrororganisationen wie ISIS, der Umverteilung von globalen Lasten von amerikanischen auf europäische Schultern scheint jedoch eine vertiefende europäische Integration in diesem Bereich besonders wichtig.

Inwiefern diese Integration als Antwort auf die Umverteilungsbestrebungen seitens der USA erfolgt oder nicht, wird sich in der Zukunft zeigen. Ebenso bleibt abzuwarten, in welche Richtung sich die transatlantische Beziehung zwischen der EU und den USA entwickeln werden. Fest steht aber schon jetzt, dass amerikanische Europapolitik immer auch amerikanische Wirtschafts- und Sicherheitspolitik sein wird. Diese Konstellation stellt beide Seiten vor die Notwendigkeit, Interessensüberschneidungen zu definieren, besser zu kommunizieren und in gemeinsame Politik zu gießen. Gleichzeitig müssen die Europäer die unübersehbaren transatlantischen Meinungsverschiedenheiten in weitere europäische Einigung ummünzen, um so mit mehr Gewicht europäische Interessen gegenüber den USA vertreten zu können.

Melanie Gerlach

studiert Politikwissenschaft in Hamburg und war im Frühjahr 2015 wissenschaftliche Praktikantin an der Akademie für Politische Bildung.

E-Mail: gerlach_melanie@gmx.de

Volker Benkert

ist Lecturer an der Arizona State University in Tempe und vertrat zwischen Sommer 2014 und Sommer 2015 die Dozentur für Zeitgeschichte an der Akademie für Politische Bildung.

E-Mail: vbenkert@asu.edu